



## **Niederschrift**

### **16-034. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses**

**am Freitag, 04.12.2009**, 08:05 Uhr bis 12:20 Uhr,  
im Sitzungssaal "Bergstraße" des Landratsamtes (Neubau) in Heppenheim, Graben 15

### **Tagesordnung**

- Punkt 1                                Gemeinsame Beratung über
  
- Punkt 1.1                            Entwurf des Nachtrags zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan des Kreises Bergstraße für das Haushaltsjahr 2009  
- Teilhaushalte 01, 04 und 06  
Vorlage: 16-1522/1
  
- Punkt 1.2                            Entwürfe  
a) der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes des Kreises Bergstraße für das Haushaltsjahr 2010  
- Teilhaushalte 01, 04 und 06  
b) des Investitionsprogrammes für den Zeitraum 2010 bis 2013  
c) des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für den Zeitraum 2010 bis 2013  
Vorlage: 16-1547/1
  
- Punkt 1.3                            Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2010  
Vorlage: 16-1596
  
- Punkt 2                                Resolution der Städte und Gemeinden und des Landkreises zur Haushaltssituation  
Vorlage: 16-1600
  
- Punkt 3                                Entlastungserteilung für die Rechnungsführung des Kreises Bergstraße im Haushaltsjahr 2007  
Vorlage: 16-1593
  
- Punkt 4                                Bekämpfung von Leistungsmissbrauch im Eigenbetrieb Neue Wege und im Amt für Soziales  
Vorlage: 16-1605
  
- Punkt 5                                Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft
  
- Punkt 5.1                            Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft;  
hier: Nachtrag zum Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2009  
Vorlage: 16-1453/2
  
- Punkt 5.2                            Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße;  
hier: Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2010  
Vorlage: 16-1530/1

Punkt 6	Rettungsdienst
Punkt 6.1	Rettungsdienst; hier: Feststellung des Jahresabschlusses 2008 Vorlage: 16-1573
Punkt 6.2	Rettungsdienst; hier: Bestellung Abschlussprüfer 2009 Vorlage: 16-1574
Punkt 6.3	Rettungsdienst; hier: Wirtschaftsplan 2010 Vorlage: 16-1576
Punkt 7	Eigenbetrieb Neue Wege
Punkt 7.1	Eigenbetrieb Neue Wege; hier: Wirtschaftsplan 2010 Vorlage: 16-1537
Punkt 7.2	Eigenbetrieb Neue Wege; hier: Unbefristete Ausübung der Option Vorlage: 16-1610
Punkt 8	Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen

**Anwesende:**

**Ausschussvorsitzende:**

Schneider, Gottfried	CDU	
von Hunnius, Roland	FDP	bei TOP 1 und 2 jeweils kurzzeitig Vorsitz

**Ausschussmitglieder:**

Dörr, Ilona	CDU	
Kunkel, Joachim	CDU	
Metzger, Gisela	CDU	
Roeder, Oliver	CDU	
Fiedler, Josef	SPD	
Hartmann, Karin	SPD	
Buschmann, Irma	SPD	in Vertretung für Gerhard Herbert
Kaltwasser, Jürgen	SPD	
Ruoff, Jochen	GRÜNE	
Dr. Greif, Martin	FWG	
von Hunnius, Roland	FDP	(siehe auch Vorsitzende)

**stellvertretende Kreistagsvorsitzende:**

Schmitt, Norbert	SPD	(bis 11:40 Uhr)
------------------	-----	-----------------

**Kreisausschuss:**

Metz, Thomas	CDU	Erster Kreisbeigeordneter
Ohl, Gottlieb	FDP	Kreisbeigeordneter (bis teilweise TOP 2)

**Verwaltung:**

Goliasch, Gerhard	Finanz- und Rechnungswesen
Medert, Martin	Finanz- und Rechnungswesen
Juch, Andreas	Finanz- und Rechnungswesen
Zubrod, Andreas	Finanz- und Rechnungswesen
Michel, Christina	Controlling
Wieland, Thomas	Bürgerservice und Presse, Vereine und Projektmanagement (zeitweise)
Ahlheim, Klaus	Personalmanagement (zeitweise)
Scheller, Jörg	Personalmanagement (zeitweise)
Herz, Susanne	Frauenbeauftragte (zeitweise)
Etzel, Jürgen	Personalrat (zeitweise)
Burelbach, Rainer	Eigenbetrieb Neue Wege
Grabowski, Peter	Rettungsdienst (zeitweise)

**Schriftführerin:**

Schüßler, Helene	Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses
------------------	---

Ausschussvorsitzender Schneider eröffnete um 08:05 Uhr die 16-034. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses, begrüßte die Erschienenen, und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

**Tagesordnung**

**Punkt 1:**                      **Gemeinsame Beratung über**

**Punkt 1.1:**                      **Entwurf des Nachtrags zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan des Kreises Bergstraße für das Haushaltsjahr 2009**  
**- Teilhaushalte 01, 04 und 06**  
**Vorlage: 16-1522/1**

**Punkt 1.2:**                      **Entwürfe**  
**a) der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes des Kreises Bergstraße für das Haushaltsjahr 2010**  
**- Teilhaushalte 01, 04 und 06**  
**b) des Investitionsprogrammes für den Zeitraum 2010 bis 2013**  
**c) des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für den Zeitraum 2010 bis 2013**  
**Vorlage: 16-1547/1**

**Punkt 1.3:**                      **Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2010**  
**Vorlage: 16-1596**

In der Sitzung wurden folgende Unterlagen verteilt:

- "weiße" Änderungsliste zum Entwurf des Nachtragshaushaltsplanes 2009, Stand 04. Dezember 2009
- "weiße" Änderungsliste zum Entwurf des Haushaltsplanes 2010, Stand 04. Dezember 2009
- Erhebung der vertraglich gebundenen Aufwendungen und der Aufwendungen für freiwillige Leistungen bei den Produkten der Teilhaushalte 04 und 06

Zunächst wurde über die Ergebnisse der in der Sitzung am 23. November 2009 erteilten (Prüf-) Aufträge zu den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie für Zuweisungen und Zuschüsse der Produkte im Teilhaushalt 01 beraten und dabei folgende Änderungen von Ansätzen im Haushaltsplanentwurf für 2010 vorgenommen:

- Produkt 1010 - Kreisorgane und Verwaltungssteuerung

Von der Verwaltung wurde nur eine Kürzung bei den Zuschüssen für Agendamaßnahmen, nicht aber bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen als realisierbar bezeichnet. Mit den Zuschüssen seien im vergangenen Jahr Projekte von Organisationen und Vereinen im Sinne der Zielsetzungen des Agenda 21-Aktionsprogramms gefördert worden.

Aufgrund von Bedenken im Ausschuss gegen eine Kürzung bei nur einer Position wurde bezüglich der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie auch der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse eine Gesamtkürzung für beide Ansätze um 10 % = 8.295 € vorgenommen. Die Aufteilung der Mittelkürzung auf beide Positionen kann im Zuge des Nachtrags 2010 festgelegt werden.

- Produkt 1020 - Organisation und Dokumentation der Willensbildung im Kreistag und Kreisausschuss

Trotz der im Vergleich zu den anderen hessischen Landkreisen sehr geringen Aufwendungen für die Gremienarbeit sprach sich der Ausschuss einvernehmlich für einen Beitrag auch der Mandatsträger zur Erzielung von Einsparungen aus. Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen wurde deshalb eine Kürzung des Ansatzes um 27.060 € (= 10 % des als für freiwillige /disponible Leistungen angegebenen Ansatzes) vorgenommen.

- Produkt 1030 - Bürgerservice und Ehrenerweise

Auf den Vorschlag aus dem Ausschuss, die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen auf den Ansatz des Nachtragshaushalts 2009 "einzufrieren", wurde vom Produktverantwortlichen darauf hingewiesen, dass beim Ansatz des Nachtragshaushalts 2009 bereits die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung vorgenommene pauschale Budgetkürzung von 20 % berücksichtigt sei.

Bei der Abstimmung über die vorzunehmende Ansatzkürzung votierten fünf Ausschussmitglieder für das "Einfrieren" der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe des Ansatzes des Nachtragshaushalts 2009 und sechs Ausschussmitglieder für das "Einfrieren" in Höhe des Rechnungsergebnisses 2008; ein Ausschussmitglied enthielt sich der Stimme.

Entsprechend dem Abstimmungsergebnis wurde bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen eine Kürzung des Ansatzes auf 58.300 € vorgenommen.

- Produkt 1051 - Personalmanagement und -entwicklung

Thematisiert wurde der Aufwand für Schulungen und Fortbildung und hierbei besonders die Aspekte der Notwendigkeit verstärkter Fortbildung zu Fachthemen und die Festlegung von Fortbildungszielen. Mit Hinweis auf die hohe Nachfrage nach Schulungen aus den Fachabteilungen und den für 2010 zu erwartenden Preissteigerungen wurde von der Verwaltung eine Kürzung der hierfür vorgesehenen Mittel um nur 4.000 € vorgeschlagen. Dem Vorschlag folgend wurde einstimmig bei einer Stimmenthaltung eine Kürzung des Ansatzes für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 4.000 € beschlossen.

- Produkt 1121 - Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern

Die Frauenbeauftragte verwies bezüglich des Rechnungsergebnisse 2008 auf die außergewöhnlich geringen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Vorjahr und hielt eine Kürzung der im Haushaltsentwurf 2010 vorgesehenen Mittel um 600 € für möglich. Für den Ausschuss war diese Verringerung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen nicht ausreichend und eine Kürzung des Ansatzes um 10 % = 755 € wurde vorgenommen.

- Produkt 1140 - Beschäftigtenvertretung

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, die insbesondere für die Fortbildung von Personalratsmitgliedern vorgesehen sind, wurde eine Kürzung des Ansatzes um 10 % = 2000 € vorgenommen.

- Produkt 1150 - Rechtsberatung und -betreuung

Auf Vorschlag der Verwaltung unter Hinweis auf die vorsorgliche Veranschlagung von Mitteln für eventuell anfallende Prozesskosten und ähnliche Aufwendungen erfolgte bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen eine Kürzung des Ansatzes um 17.000 €.

- Produkt 1210 - Vereinsförderung

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen wurde eine Kürzung des Ansatzes auf 5000 € (= Höhe des Ansatzes 2009) vorgenommen.

- Produkt 1241 - Ordnungs- und Gewerbewesen

Die erhebliche Erhöhung des Ansatzes 2009 und 2010 für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gegenüber dem Rechnungsergebnis 2008 wurde von der Verwaltung mit der vorsorglichen Veranschlagung von Mitteln für Rechtsberatung begründet. Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen wurde eine Kürzung des Ansatzes um 10 % = 1.335 € vorgenommen.

- Produkt 1261 - Zulassungs- und Führerscheinenwesen

Von der Verwaltung wurde die Zusammensetzung der vertraglichen Leistungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen erläutert (75.000 € für Lizenzen für Software, die in 2009 noch bei Produkt 1070 veranschlagt sind; 40.000 € für die Mitnutzung des Call-Centers des ZAKB durch die Zulassungsstelle). Die Ansätze für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie für Zuweisungen und Zuschüsse wurden vom Ausschuss nicht geändert. Abgeordneter Dr. Greif regte eine Überprüfung der Zusammenarbeit mit den Gemeinden zur Erreichung von Einsparwirkungen in diesem Bereich an. Diese Anregung solle in das Haushaltskonsolidierungskonzept aufgenommen werden.

- Produkt 1300 - Fleischhygiene

Zur gegenläufigen Entwicklung bei den Erträgen und den Aufwendungen für 2009 und 2010 wurde von der Verwaltung auf die zurückhaltende Schätzung der Gebühreneinnahmen nach in 2009 rückläufigen Schlachtzahlen und bei gleichbleibenden Gebührensätzen sowie auf die durch tarifliche Steigerungen erhöhten Entgelte für Fleischbeschauer verwiesen. Es wurde keine Änderung des Ansatzes für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen vorgenommen.

- Produkt 1311 - Allgemeines Veterinärwesen

Es wurden keine Änderungen der Ansätze für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie für Zuweisungen und Zuschüsse vorgenommen. Zur Erreichung von Synergieeffekten wurde im Ausschuss eine Überprüfung der Zusammenarbeit mit anderen Kreisen in diesem Bereich angeregt. Diese Anregung solle in das Haushaltskonsolidierungskonzept aufgenommen werden.

- Produkt 1361 - Brand- und Katastrophenschutz

Bei den Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse wurde eine Kürzung des Ansatzes um 5000 € auf den Stand des Ansatzes 2009 vorgenommen.

Anschließend befasste sich der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss mit dem Entwurf des Stellenplans 2010 und den darin enthaltenen Änderungsvorschlägen des Kreis-ausschusses gegenüber dem Stellenplan 2009 (Vorlage 16-1596). Zur Beratung wurde den Ausschussmitgliedern ein aktuelles Organigramm der Kreisverwaltung vorgelegt.

Herr Ahlheim und Herr Scheller beantworteten die Fragenkataloge der Abgeordneten Buschmann und Hechler zum Stellenplanentwurf 2010, die dem Ausschussvorsitzenden und Ersten Kreisbeigeordneten Metz am 23. bzw. 30. November 2009 per e-Mail zugegangen waren. Hierbei erläuterten sie insbesondere die Stellenverlagerung der Stabsstelle "Zentrales Forderungsmanagement" zum Bereich Kreisorgane und Verwaltungssteuerung, weitere Stellenverschiebungen sowie die vorgesehenen Stellenanhebungen. Bestätigt wurden die Einhaltung der Stellenbesetzungssperre mit Ausnahme der Stellen im Schulsekretariatsbereich und die gegenüber dem Stellenplan 2009 unveränderte Gesamtzahl von 566 Stellen.

Über die Umwandlung von zwei Auszubildendenstellen in "feste" Stellen äußerten sich die Abgeordneten Ruoff und Hechler kritisch und bezeichneten dies als eine versteckte Stellenerhöhung. Abgeordnete Hechler plädierte für eine Festschreibung der Zahl der Auszubildendenstellen.

Stellvertretender Kreistagsvorsitzender Schmitt regte eine unbefristete Stellenbesetzungssperre für das Haushaltsjahr 2010 an, die im Einzelfall vom Haupt-, Finanz- und Personalausschusse aufgehoben werden könne, und zog diese Anregung im Verlauf der Beratung wieder zurück.

Ausschussvorsitzender Schneider schlug vor, die Gesamtpersonalaufwendungen um 1 % zu kürzen. Die zuständigen Gremien sollten zur Jahresmitte, ggf. im Zuge der Vorlage der Controllingberichte, über die Entwicklung bei den Personalaufwendungen informiert werden, um bei Bedarf reagieren zu können.

Erster Kreisbeigeordneter Metz hielt eine solche pauschale Kürzung für nicht realistisch und verwies auf die im Haushaltskonsolidierungskonzept angestrebte Deckelung des steuerbaren Personalaufwands (ohne Berücksichtigung von Besoldungs- und Tarifierhöhungen) auf dem Stand des Rechnungsergebnisses 2009 sowie auf die Einrichtung einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe zur Personalkostenkonsolidierung. Herr Scheller verdeutlichte, dass der vorgeschlagene Kürzungsbetrag von 300.000 € ungefähr den jährlichen Aufwendungen für sechs Vollzeitstellen entspreche und dass eine solche Einsparung durch "normale" Personalfuktuation ohne betriebsbedingte Kündigungen derzeit nicht erreichbar erscheine. Für die SPD-Fraktion sprach sich Abgeordnete Hechler gegen betriebsbedingte Kündigungen aus.

Dem Vorschlag von Ausschussvorsitzendem Schneider folgend beschloss der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss einstimmig eine Kürzung der Gesamtpersonalaufwendungen im Haushaltsplanentwurf 2010 um 1 % = gerundet 300.000 €

Änderungsanträge zum Stellenplanentwurf gab es keine. Eine separate Abstimmung des Ausschusses über den Stellenplanentwurf wie in der Beschlussvorlage 16-1596 vorgesehen unterblieb; die Stellungnahme des Ausschusses zum Stellenplanentwurf soll im Rahmen der Beschlussempfehlung für den Gesamthaushalt 2010 erfolgen.

Anschließend befasste sich der Ausschuss mit den Produkten der Teilhaushalte 04 und 06 anhand der Entwürfe des Nachtragshaushaltsplans 2009 und des Haushaltsplans 2010 einschließlich der in der Sitzung vorgelegten weißen Änderungslisten sowie der Erhebung der vertraglich gebundenen Aufwendungen und der Aufwendungen für freiwillige Leistungen. Hierbei gab es folgende Ergebnisse:

- Produkt 4011 - Gesundheitsprävention und -hilfen

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen wurde eine Kürzung des Ansatzes um 1000 € vorgenommen, um den Anteil der freiwilligen/disponiblen Leistungen für 2010 auf den Stand von 2009 "einzufrieren". Bezüglich der Steigerung des Ansatzes der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse wurde von der Verwaltung auf die in den Verträgen mit den Trägern der Beratungsstellen vereinbarte Erhöhungsoption bei tariflichen Steigerungen verwiesen.

Fragen aus dem Ausschuss gab es zur Veranschlagung der Aufwendungen für Lizenzen und Software für das Gesundheitsamt bei unterschiedlichen Produkten (4011 und 4020)

- Produkt 4020 - Gesundheitsschutz  
Produkt 4040 - Sportförderung im Kreis Bergstraße

Es wurden keine Änderungen der Ansätze für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie für Zuweisungen und Zuschüsse vorgenommen.

- Produkt 6010 - Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen

Bezüglich der Steigerung der LWV-Umlage wurden im Ausschuss Reaktionsmöglichkeiten des Kreises wie Anbringen eines Sperrvermerks für den Erhöhungsbetrag oder Widerspruch gegen den Umlagebescheid erörtert, die jedoch als nicht effektiv eingeschätzt wurden. Der Ausschuss verständigte sich abschließend darauf, den Kreisausschuss zu beauftragen, im kommenden Jahr die Verwaltungsspitze des LWV und die Vertreter aus dem Kreis in der Verbandsversammlung zu einer Ausschusssitzung einzuladen, bei der insbesondere über die Aufgabenzuständigkeit und Struktur des LWV sowie eine mögliche Verlagerung von Aufgaben des LWV auf die Kreise diskutiert werden und hierzu vom LWV ein struktureller Ländervergleich vorgelegt werden solle. Außerdem wurde der Kreisausschuss gebeten, die Thematik auch an den Sozialausschuss des Hessischen Landkreistages heranzutragen.

Bezüglich seiner Anregung in der Ausschusssitzung am 23. November 2009, zur Verbesserung der Einnahmen des Kreises in den Fraktionen auch über eine Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes nachzudenken, informierte Ausschuss- und CDU-Fraktionsvorsitzender Schneider, dass es in der CDU-Fraktion keine Mehrheit für eine solche Erhöhung gebe, zumal derzeit Gespräche zwischen Kreis und Kommunen über mögliche Aufgabenverlagerungen geführt würden. Abgeordneter von Hunnius sprach sich dafür aus, vor einer Entscheidung über eine Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes zunächst die Ergebnisse dieser Gespräche abzuwarten. Abgeordneter Dr. Greif plädierte für eine "Entkoppelung" des Kreisumlagehebesatzes vom Schulumlagehebesatz und für einen gegenüber 2009 unveränderten Kreisumlagehebesatz, auch wenn damit der Gesamtumlagehebesatz wegen der für 2010 erforderlichen Erhöhung des Schulumlagehebesatzes steige. Abgeordneter Ruoff hielt in Anbetracht der Haushaltssituation des Kreises auch schmerzhaftes Einschnitte für angebracht und kritisierte das Agieren der Bürgermeister im Kreistag als mehr im Interesse der Kommunen als im Interesse des Kreises. Ausschussvorsitzender Schneider appellierte mit Hinweis auf die prekäre Finanzentwicklung des Kreises an die Ausschussmitglieder, alle Möglichkeiten für Einnahmeverbesserungen im Blick zu haben.

Die Abgeordneten Hechler und Schmitt bezeichneten angesichts der defizitären Situation aller Städte und Gemeinden des Kreises eine Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes als derzeit nicht gerechtfertigt. Zunächst sollten die Gespräche zwischen Kreis und Kommunen über mögliche Aufgabenverlagerungen abgewartet werden. Erforderlich sei außerdem die Fortsetzung der bei den Haushaltsberatungen begonnenen Strukturdebatte zur Organisation und Aufgabenzuständigkeit der verschiedenen Verwaltungsebenen, wobei allerdings nicht an die Standards für Sozialleistungen herangegangen werden solle.



Erster Kreisbeigeordneter Metz äußerte Zweifel, ob die Politik willig und in der Lage zur "Kärnerarbeit" für eine notwendige Strukturreform sei, und die Hoffnung, dass auf der kommunalen Ebene eine offene Diskussion möglich sei, wer welche Leistungen am besten und wirtschaftlichsten erbringen könne.

- Produkt 6020 - Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Die Erhöhung bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ist nach Auskunft der Verwaltung im Wesentlichen auf höhere Versicherungsbeiträge zurückzuführen. Bei den Ansätzen für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie für Zuweisungen und Zuschüsse wurden vom Ausschuss keine Änderungen vorgenommen.

- Produkt 6030 - Beteiligungen - Mitgliedschaften

Der Kreisausschuss wurde gebeten zu prüfen, ob das Solar- und Energieberatungszentrum bei der Wirtschaftsförderung "angegliedert" werden könne. Diese Anregung solle in das Haushaltskonsolidierungskonzept aufgenommen werden. Bezüglich der Wertberichtigungen der Beteiligungen wurde von der Verwaltung darauf hingewiesen, dass diese erst nach Prüfung der Jahresabschlüsse festgestellt werden könnten. Bei den Ansätzen für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie für Zuweisungen und Zuschüsse wurden vom Ausschuss keine Änderungen vorgenommen.

Auf Antrag von Abgeordnetem Ruoff erfolgte abschließend eine Abstimmung über den Teilhaushalt 06 mit folgendem

**Abstimmungsergebnis:**

5 Jastimmen, 2 Neinstimmen, 5 Stimmenthaltungen.

**Punkt 2: Resolution der Städte und Gemeinden und des Landkreises zur Haushaltssituation  
Vorlage: 16-1600**

Unter Hinweis auf die aktuellen Beratungen im Bundestag über den Entwurf des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes, das Einnahmeausfälle für die Kommunen zur Folge haben werde, schlug Abgeordnete Hartmann eine Ergänzung der vorliegenden Resolution vor. Die Landesregierung solle dabei gebeten werden, dem Gesetzentwurf im Bundesrat nicht zuzustimmen.

Im Ausschuss wurde eine solche Textänderung für nicht sinnvoll erachtet, da eine Verabschiedung dieser von Kreisspitze und Bürgermeistern gemeinsam erarbeiteten Resolution in den anstehenden Sitzungen der Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen der Kommunen des Kreises vorgesehen sei.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss fasste folgenden

### **Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag beschließt die der Vorlage 16-1600 beigefügte Resolution zur Haushaltssituation der Städte und Gemeinden und des Landkreises."

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig bei einer Stimmenthaltung .

Die Beratung über die Tagessordnungspunkte 3 bis 7 wurde aus Zeitgründen bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

### **Punkt 8:**

### **Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen**

Abgeordneter Fiedler monierte die terminliche Überschneidung der Veranstaltung des Kreises zur Überreichung der Ehrenamtscard am 3. Dezember 2009, zu der auch die Kreistagsabgeordneten eingeladen worden waren, mit den gemeinsamen Haushaltsberatungen des Ausschusses für Regionalpolitik und Infrastruktur und des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses.

Die Sitzung wurde um 12:20 Uhr durch Ausschussvorsitzenden Schneider geschlossen.

Als Sitzungstermin zum Abschluss der Haushaltsberatungen und für die Beratung der heute zurückgestellten Tagesordnungspunkte wurde 09. Dezember 2009, 17.00 Uhr, vereinbart.

### **Unterzeichnung der Niederschrift:**

Vorsitzende:

Schriftführerin:

gez. Schneider

gez. Schüßler

gez. von Hunnius